



Siegburg, 16. Oktober 2022

## Offener Brief an Bündnis90/Die Grünen Siegburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis90/Die Grünen,

wir sind immer noch enttäuscht von Eurer Entscheidung, die Siegburg-Koalition zu verlassen. Aber wir sind auch immer noch der Meinung, dass Euch eine solche Entscheidung zusteht, wenn Ihr sie für richtig haltet.

Wir sind, wie Ihr, der Meinung, dass in der letzten Zeit teilweise emotionale Diskussionen im Koalitionsausschuss stattfanden. Nach unserem Empfinden waren die Emotionen aber gleichmäßig auf alle Partner verteilt. Es gehört zum Wesen einer Beziehung, egal ob persönlich, geschäftlich oder politisch, dass man Dinge, die einem nicht passen, anspricht. Nur so kann eine Zusammenarbeit funktionieren. Über die Art und Weise, wie das in Zukunft besser umgesetzt werden kann, hätten wir gerne mit Euch gesprochen. Leider habt Ihr uns und der FDP dazu keine Gelegenheit mehr gegeben.

Ihr habt uns Euren Austritt aus der Siegburg-Koalition per Whatsapp mitgeteilt. Dabei wurden von Euch keine inhaltlichen Gründe genannt. Einziger Ansatzpunkt für uns war, und wir zitieren aus Eurer Mitteilung, dass „Eine Zusammenarbeit, wie sie in diesem Jahr stattgefunden hat, mit all den Anfeindungen und Streitereien ... für uns nicht mehr akzeptabel“ sei. Daraufhin haben wir im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit darauf hingewiesen, dass wir keine inhaltlichen Gründe für Eure Entscheidung sehen.

Ihr habt in einer Pressemitteilung und später in Facebook inhaltliche Argumente nachträglich benannt. Was und wie Ihr diese vorgebracht habt ist für uns teilweise erschreckend. Zusammengefasst kommt dabei die Wahrheit überwiegend zu kurz, weshalb wir im Folgenden Eure Erklärungen richtigstellen wollen.

Dass das Klima in der Koalition so war, dass kein gemeinsamer Kurs mehr gefunden werden konnte, ist nicht richtig. Bis zuletzt haben wir in mehreren Arbeitsgruppen, beispielsweise zu den Themen Mobilität, Umwelt oder Digitales, vieles auf den Weg gebracht. Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppen aus allen drei Koalitions-Fraktion haben diese Zusammenarbeit stets als gewinnbringend und konstruktiv empfunden. Auch im Koalitionsausschuss waren wir auf einem guten Weg, Lösungen für die schwierige finanzielle Situation der Stadt zu finden.

Wir haben nie verlangt, dass ein wohnungspolitisches Handlungskonzept beschlossen und umgesetzt werden soll, bei dem praktisch sämtliche Grünflächen in der bereits sehr eng bebauten Stadt Siegburg als Potenzialflächen für künftige Bebauung zur Verfügung stehen sollen. „Die im Gutachten ausgewiesenen Potentialflächen nimmt der Ausschuss zur Kenntnis und sind nicht Gegenstand des Beschlusses.“ Das war der einvernehmlich mit euch formulierte Text zu den Potentialflächen. Die Verwaltung hätte dann in der Folge nach einer Priorisierung die einzelnen Flächen prüfen sollen. Alle Wald- und Grünflächen waren übrigens bei allen Fraktionen als nicht umsetzbar eingestuft.

Ihr schreibt weiter „Ebenso wenig vereinbar sind die Vorstellungen der SPD und der FDP mit den Vorstellungen der Grünen betreffend eines tragfähigen Zukunftskonzeptes, was den Bereich der Verkehrspolitik betrifft“. Auch das ist eine weitere unrichtige Behauptung. Wir waren uns von Anfang an einig, dass grundsätzliche Weichenstellungen erst nach Vorliegen des Mobilitätsgutachtens, das wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, erfolgen sollen. Sonst hätten wir die Fehler der Vergangenheit wiederholt, nämlich Entscheidungen ohne fundierte Grundlagen zu treffen, deren negative Auswirkungen die Stadt - wie z.B. im Mühlenviertel - bis heute belasten, gemeinsam auf den Weg gebracht. Dennoch konnten wir gerade für den Radverkehr, der ein wesentliches Element einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik ist, schon klare Verbesserungen erreichen.

„In Zeiten schwerer finanzieller Belastungen im kommunalen Bereich zeigte sich in den letzten Monaten zunehmend, dass Lösungswege betreffend die finanziellen Defizite insbesondere bei den Stadtbetrieben Siegburg nicht mehr gemeinsam abgestimmt werden können. Es war nach endlosen Diskussionen nicht einmal möglich, ein tragfähiges personales Zukunftskonzept gemeinsam abzustimmen“, schreibt ihr. Richtig ist aber, dass wir uns, wie auch oben schon dargestellt, eigentlich bei allen Punkten geeinigt hatten, sie entweder umzusetzen (das waren fast alle) oder sie zu streichen. Das „personale Zukunftskonzept“, das im Wesentlichen nur eine Änderung des Organigramms der Stadtbetriebe war, ist von allen Koalitionspartnern bis auf eine einzige Stelle, zu der die FDP schon deutlich Stellung bezogen hat, völlig unumstritten akzeptiert worden.

„Im Bereich wichtiger Personalfragen stellte sich in einem völlig unzumutbaren Ausmaß immer mehr heraus, dass im Bereich der Verwaltung Positionen mit Führungsverantwortung ausschließlich nach den völlig eigensinnigen und egoistischen Vorstellungen der SPD besetzt werden sollen“. Diese Darstellung ist schon ehrverletzend. Nach der Kommunalwahl wurden nach unserer Erinnerung folgende Führungspositionen neu besetzt:

- Der Bürgermeister ernannte einen neuen (parteilosen) Leiter des Ordnungsamtes.
- Die Stelle des technischen Beigeordneten wurde im Rat einstimmig mit dem bisherigen Leiter des Planungs- und Bauordnungsamtes (parteilos) besetzt.
- Die Stelle des Leiters des Planungs- und Bauordnungsamtes wurde mit einem parteilosen Bewerber besetzt.
- Die Stelle des Leiters des Amtes für Bürgermeisterangelegenheiten wurde vom Bürgermeister mit einem parteilosen Bewerber besetzt.

- Die Stelle des Leiters des Amtes für Wirtschaft und Umwelt wurde zunächst mit einem CDU-Mitglied intern besetzt. Nach deren Wechsel zum Rhein-Sieg-Kreis wurde die Stelle ausgeschrieben. Bei den anschließenden Vorstellungsgesprächen konnten alle Fraktionen auf Einladung des Bürgermeisters teilnehmen. Die Stelle wurde anschließend mit breiter Unterstützung der meisten Fraktionen mit einem SPD-Mitglied besetzt
- Im gleichen Amt wurde eine parteilose Bewerberin, wieder auf Einladung des Bürgermeisters unter Beteiligung aller Fraktionen, als Leiterin der Abteilung „Umwelt“ ausgewählt.
- Die Stelle als Leiter der Abteilung „Wirtschaft“ wurde mit einem Bewerber, der Mitglied der SPD ist, besetzt.
- Unter den Bewerbungen für die Stelle des 1. Beigeordneten war auch die eines SPD-Mitgliedes. Wir machen keinen Hehl daraus, dass wir für diese Bewerbung eine in unseren Augen ebenfalls qualifizierten Volljuristin durchaus Sympathien hatten. Um den Koalitionsfrieden zu wahren verzichteten wir darauf, unseren Willen durchzusetzen und trugen Euren vehement vorgetragenen Wunsch eines anderen (parteilosen) Bewerbers mit.
- Die Stelle der Leitung der neuen Abteilung „Jugendarbeit/Jugendförderung“ im Jugendamt wurde vom Bürgermeister mit einer parteilosen Bewerberin besetzt.
- Ergänzend sollte auch erwähnt werden, dass die Position der 1. stellvertretenden Bürgermeisterin mit einem Ratsmitglied von Bündnis90/Die Grünen besetzt wurde. Üblicherweise wird der größten Fraktion einer Koalition der erste Vorschlag eingeräumt. Aber die SPD verzichtete zugunsten Eures Wunsches.

*Anmerkung: In der ersten Version dieses Briefes haben wir die ausgewählten Bewerber namentlich aufgeführt. Nach verschiedenen Rückmeldungen haben wir diese wieder herausgenommen und diese in eine anonymisierte Darstellung abgeändert.*

Es ist für uns rätselhaft, wie ihr da zu der o.g. Bewertung kommen könnt, dass Besetzungen von Führungspositionen nach den „völlig eigensinnigen und egoistischen Vorstellungen der SPD“ erfolgt sind oder erfolgen sollten. Richtig ist vielmehr, dass es mehrfach Versuche von Euch gab, das Verfassen von Ausschreibungstexten und anschließende Stellenbesetzungen, was allein im Entscheidungsbereich des Bürgermeisters liegt, zu beeinflussen. Das ist etwas, was uns schon bei der vorherigen Mehrheit gestört hat.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass es ja vielleicht für Euch Gründe gab, die Koalition zu verlassen, wir hätten sie nur gerne gekannt und das am besten zu einer Zeit, wo daraus eine weitere Zusammenarbeit hätte erwachsen können. Wir würden uns auch jetzt noch über eine faire und offene Aussprache freuen.

Mit besten Grüßen,  
Eure ehemaligen Koalitionspartner der SPD